Stadt Dübendorf

Gemeinderat

Sitzung vom **06. Juli 2015**

9. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 6. Juli 2015, 19:00 Uhr bis 20:30 Uhr
Ort	Saal reformiertes Pfarreizentrum ReZ
Vorsitz	Jacqueline Hofer (SVP), Gemeinderatspräsidentin
Anwesend	33 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Marcel Berli Eveline Bucherer Romero Patric Crivelli Gabriela Dunst Daniel Griesser Theo Johner Paul Steiner
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmenzähler	Barbara Schori: Bereich SVP Patrick Schnider: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Protokollgenehmigung der 8. Sitzung vom 4. Mai 2015

3. Interpellation Patrick Schärli (CVP) und 2 Mitunterzeichnende "Dübendorfer Gebühren gehören unter die Lupe - Faires Wohnen für alle!" / Beantwortung
   GR Geschäft Nr. 32/2014

4. Interpellation Stefan Kunz (SP/Grüne) "Mobilfunkantennen in Wohnquartieren" / Beantwortung
   GR Geschäft Nr. 41/2015

5. Jahresrechnung 2014 / Genehmigung
   GR Geschäft Nr. 55/2015

6. Geschäftsbericht 2014 / Genehmigung
   GR Geschäft Nr. 56/2015

7. Bürgerrechtsgesuche:

7.1. Markovic Dragica, serbische Staatsangehörige, Höglerstrasse 51, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 39/2015

7.2. Shala Halit, kosovarischer Staatsangehöriger, Zürichstrasse 59, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 40/2015

7.3. Mazhar Ahsan, pakistanischer Staatsangehöriger, Rossweidstrasse 2, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 43/2015

7.4. Müller Sirikorn, thailändische Staatsangehörige, Untere Zelglistrasse 22, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 44/2015

7.5. Tugu Aida, albanische Staatsangehörige, sowie das Kind Amanda, portugiesische Staatsangehörige, Claridenstrasse 27, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 45/2015

7.6. Zekaj Servete, kosovarische Staatsangehörige, sowie die Kinder Drilon, Dorentina, Benita und Blertina, Hörnlistrasse 1, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 46/2015

1. Mitteilungen

Mitteilung der Gemeinderatspräsidentin

Gemeinderatspräsidentin Jacqueline Hofer (SVP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur neunten Sitzung der Legislaturperiode 2014-2018. Sie orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Die Sitzung wird mit dem Gedenken an ein verstorbenes ehemaliges Gemeinderatsmitglied begonnen:
Am 28. Juni 2015 verstarb Ruth Spahr. Ruth Spahr war von 1986 bis 1994 Mitglied des Gemeinderates und im Amtsjahr 1989/90 Präsidentin des Gemeinderates. Danach gehörte sie von 1994 bis 2002 dem Stadtrat an und war verantwortlich für das Ressort Soziales. Ruth Spahr hat sich während vieler Jahre für die Stadt Dübendorf eingesetzt und wird als starke und zugleich liebenswürdige Persönlichkeit in bester Erinnerung behalten werden. Die Abdankung von Ruth Spahr findet am Donnerstag, 9. Juli 2015, um 14.20 Uhr, in der reformierten Kirche in Dübendorf statt.
Im Namen des Gemeinderates spricht Gemeinderatspräsidentin Jacqueline Hofer der Familie von Ruth Spahr ihr Beileid aus. Sie bittet die Anwesenden, sich zum Andenken von Ruth Spahr für einen Schweigemoment zu erheben.

Die Gemeinderatspräsidentin teilt mit, dass sie auch etwas Erfreuliches unter den Mitteilungen zu verkünden hat und gratuliert Gemeinderatsmitglied Reto Heeb zum heutigen Geburtstag.

Ebenfalls teilt sie mit, dass die reformierte Kirchgemeinde mit einem Flyer auf die Parkplatzsituation beim ReZ aufmerksam macht.

Neue Geschäfte seit dem 4. Mai 2015
Der Stadtrat hat folgende neue Geschäfte überwiesen:
- Testplanung Wangenstrasse / Bahnhof plus. Kreditabrechnung
- Volksinitiative „Alterswohnungen im Zentrum“. Umsetzungsvorlage

Diese Geschäfte werden derzeit durch die GRPK vorberaten.

Bei der KRL ist folgendes neues Geschäft eingegangen:
- Zustimmung zur Teilrevision der Sonderbauvorschriften für das Gebiet Giessen

Folgende Beantwortungen von politischen Vorstössen sind beim Ratsbüro eingegangen:
- Interpellation Patrick Schärli (CVP) und 2 Mitunterzeichnende „Dübendorfer Gebühren gehören unter die Lupe - Faires Wohnen für alle!“ - Beantwortung des Stadtrates
- Interpellation Stefan Kunz (SP/Grüne) „Mobilfunkantennen in Wohnquartieren“ - Beantwortung des Stadtrates
  Beide Interpellationen werden an der heutigen Sitzung behandelt.
- Interpellation Marcel Berli (SVP) „Zürcher Gastronom übernimmt Obere Mühle / 15 Gault-Millau-Punkte. Aus dem bisherigen Café soll eine Wirtschaft werden.“ - Beantwortung des Stadtrates
  Auf Wunsch des Interpellanten infolge dessen Abwesenheit an der heutigen Sitzung wird dieses Geschäft erst an der nächsten Gemeinderatsitzung behandelt.

<u>Fraktions- und persönliche Erklärungen</u>

Persönliche Erklärung Andrea Kennel
„Taten statt Worte.
Liebe Gemeinderatspräsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren.
Wie sicher einige von Ihnen aus der Zeitung erfahren haben, bin ich vor einer Woche aus der SP ausgetreten. Ich nutze heute die Gelegenheit, die Hintergründe meines Austrittes kurz zu erläutern. Am 25. März 2015 reichen drei Mitglieder des Kantonsrats Zürich (SP, glp und Grüne) eine Motion ein mit dem Titel:
„Ausgewogene Besetzung von Strategie- und Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten.“ Die Motion verlangt eine Geschlechterquote von 30 % in Strategie- und Aufsichtsgremien. Dabei wird explizit der ZKB-Bankrat erwähnt. In der Begründung wird festgestellt, dass Frauen in diesen Gremien trotz ihres guten Ausbildungsniveaus untervertreten sind. Am 29. Juni wird diese Motion im Kantonsrat überweisen. Im gleichen Zeitraum sucht die SP ein neues Mitglied für den Bankrat. Die SP hat drei Sitze im Bankrat, davon zwei Männer und eine Frau. Die Frau hat ihre Amtszeit erreicht und muss ersetzt werden. Die SP sichtet die eingereichten Unterlagen und beschliesst, dass drei Personen, zwei Männer und eine Frau, die nötigen Eignungen mitbringen. Die Eignung der drei Personen wird von der FINMA (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht) bestätigt. Obwohl der SP somit eine qualifizierte Frau mit gutem Ausbildungsniveau zur Verfügung steht, spricht sie sich für einen der Männer aus. Dieser wurde dann vor einer Woche vom Kantonsrat gewählt. Das wiederspricht krass der Idee der Geschlechterquote, die von der SP klar und deutlich gefordert wird. Auch die Frauenzentrale hat reagiert, denn Dank der SP ist nun die Frauenquote im Bankrat auf 7.7 % gesunken, konkret sitzt damit im 13-köpfigen Gremium gerade noch eine Frau. Ziel der SP wären gemäss Motion vier Frauen. Die SP selber stellt drei Männer. Auch die Frauenzentrale verlangt nun Taten statt Worte. Trotzdem stellen sich ein paar Fragen zu meinem Parteiaustritt:
Wäre denn die Frau wirklich qualifiziert gewesen?
Auch objektiv betrachtet: Ja. Es ist eine promovierte Informatikerin mit betriebswirtschaftlicher Zusatzausbildung, die seit 19 Jahren primär im Bankensektor tätig ist. Sie hat eine eigene Firma mit Mitarbeitenden aufgebaut, ist zusätzlich seit 20 Jahren politisch aktiv in einem Gemeinderat und war zwei Jahre im Kantonsrat. Damit ist sie sogar klar besser qualifiziert als der gewählte Mann.

Ist das Grund genug aus der Partei auszutreten?
Ja. Für mich muss eine Partei glaubwürdig sein und konsistent handeln. Das Thema der Gleichstellung ist mir auch wichtig genug, dass ich einen solchen Entscheid nicht einfach hinnehme.
Ist der Austritt nicht etwas voreilig?
Nein. Sie haben es sicher schon herausgefunden, dass ich die Frau bin, die sich innerhalb der SP beworben hat. Ich weiss daher schon seit sechs Wochen, dass die SP hier entgegen der eigenen Worte handelt. So konnte ich es mir reiflich überlegen.
Dann komme ich noch zur Frage, die mir am häufigsten gestellt wird. Ja, der Politik in Dübendorf bleibe ich erhalten. Ich bleibe im Gemeinderat und in der GRPK, nun einfach parteilos. Das bin ich meinen Wählerinnen und Wählern schuldig und die Politik in Dübendorf macht mir auch weiterhin Spass.
Ich möchte mich bei der Fraktion der SP/Grünen bedanken, dass ich in der Fraktion bleiben darf. Auch die SP Dübendorf hat mich in der nicht ganz einfachen Zeit unterstützt.
Mein Parteiaustritt ist das, was ich von der SP erwarte: Konsequenz und Taten statt Worte."

Fraktionserklärung Patrick Walder (SVP)
„Wir drehen die Uhr etwas zurück: Am 9. Juni 2015 war der Innovationspark ein Traktandum im Nationalrat. Der Nationalrat verabschiedete grundsätzlich die Idee eines Innovationsparks gegen die Stimmen der SVP. Der Nationalrat beschliesst sogar eine eindeutige Subvention des Projekts, indem er die Zahlungen des Baurechtszinses in den Innovationspark zurückfliessen lassen möchte. Am 23. Juni 2015 teilte die zuständige Ständeratskommission mit, dass sie ebenfalls grundsätzlich für den Innovationspark sei, dass jedoch Differenzen zum Nationalrat bestehen. Der Ständerat selbst hat dieses Geschäft noch nicht behandelt. Am letzten Montag, 29. Juni 2015, befand der Kantonsrat über eine Ergänzung des Richtplans. Bei der Ergänzung ging es ebenfalls primär um den Flugplatz Dübendorf, genauer gesagt um den Innovationspark. Somit haben wir folgende Fakten: Der Kantonsrat hat Ja zum Innovationspark gesagt. Der Ständerat muss das Geschäft noch behandeln und allfällige Differenzen mit dem Nationalrat bereinigen. Dies geschieht frühesten in der Herbstsession der eidgenössischen Räten. Grundsätzlich kann man daher sagen: Es ist noch nichts definitiv beschlossen, vor allem, da sich gewisse Kreise einen Weiterzug des Kantonsratsbeschlusses an das Bundesgericht vorstellen können. Unserem Stadtrat sind jedoch die staatsrechtlichen, demokratischen und juristischen Abläufe egal. Unser Stadtrat beauftragt mit Beschluss vom 11. Juni 2015, also rund 4 Monate vor dem voraussichtlichen Entscheid der eidg. Räte sowie 18 Tage vor dem Entscheid des Kantonsrats, einen Rechtsanwalt, welcher dem Stadtrat bei der verkehrstechnischen Erschliessung des Areals des Militärflugplatzes beratend zur Seite stehen wird. Eine Auftragserteilung, eine Subvention des Projekts, in Höhe von Fr. 22'200.00. Um dies nochmals deutlich darzustellen, wir sprechen hier nicht von einer Einholung von Offerten, damit man bereit wäre, wenn es so weit ist. Sondern wir sprechen hier von einer verbindlichen Auftragserteilung. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, ich bin ein grosser Gegner des masslosen und sinnlosen Innovationsparks in Dübendorf, welcher uns unschätzbare Kosten verursachen und die Lebensqualität in Dübendorf vernichten wird. Aber in diese Fraktionserklärung geht es nicht primär um dieses Projekt, sondern es geht um das Staatsverständnis unseres Stadtrats. Unser Stadtrat erlaubt sich, ohne dass ein Beschluss der eidg. Räte oder des Kantonsrats vorliegen, Steuergelder auszugeben, für ein Projekt, welches zum Zeitpunkt der Ausgabe noch weit weg von einer Rechtsverbindlichkeit ist. Es kann nicht angehen, dass unser Stadtrat Gelder für Projekte spricht, welche rechtlich noch gar nicht bestehen. Die Frage muss hier im Raum stehen - für was für Projekte hat der Stadtrat aus einer einfachen Laune heraus, ohne Rechtsverbindlichkeit, weitere Steuergelder verschwendet? Die SVP-Fraktion kann diese voreilige Ausgabe von Steuergeldern nicht gutheissen. Dieses Vorgehen erinnert stark an das Vorgehen von Bundesrätin Doris Leuthard, welche vor der Abstimmung über die Autobahnvignette ebenfalls bereits über 40 neue Beamte eingestellt hat, mit dem Glauben, dass Volk werde schon zustimmen. Die SVP-Fraktion fordert den Stadtrat auf, solche Beschlüsse gefälligst erst nach der Rechtsverbindlichkeit eines Projekts zu fassen und so keine Steuergelder auf Vorrat auszugeben. Besten Dank!"

Fraktionserklärung Stefanie Huber (glp/GEU)
„Wir haben uns fast gedacht, dass heute von der SVP etwas zu diesem Thema gesagt wird. Somit habe ich mir auch ein paar Notizen vorbereitet und möchte Ihnen gerne noch ein paar andere Ansichten zu diesem Sachverhalt, wie ihn uns Patrick Walder soeben präsentiert hat, vorstellen. Ich schicke voraus, dass die glp/GEU-Fraktion den Entscheid des Kantonsrates, den Innovationspark in den Richtplan einzutragen, begrüsst. Wir haben die Diskussion im Kantons- und Nationalrat verfolgt bzw. in gewissen Phasen auch begleitet. Wir sind froh, dass die Mehrheit der Ratsmitglieder die Chancen dieses Projektes sehen und nicht schon alles schwarz malen, bevor wir überhaupt mit der Bevölkerung darüber diskutieren konnten. Ich picke ein paar Punkte heraus und werde mit dem Hauptpunkt von Patrick Walder beginnen. Es ist richtig, dass der Stadtrat jetzt die Weichen für die Zukunft stellt. Dass er nicht wartet, bis er von den Entwicklungen überrollt wird, sondern dass er jetzt eingreift. Der Stadtrat ist mit dem Kanton im Gespräch und wird somit nichts planen, was nachher vom Kanton übersteuert werden würde. Es ist richtig, dass der Stadtrat jetzt handelt. Ich darf Sie darauf verweisen, dass wir für dieses Gebiet eine Testplanung gemacht haben. Somit gibt es sehr wohl eine Basis, zu welcher auch der Gemeinderat etwas sagte. Auch wurde damit ganz Dübendorf informiert, dass in diesem Gebiet etwas geschehen wird. Wie bereits gesagt ist es wichtig, dass wir jetzt vorausschauend handeln. Und nun noch etwas zu den Subventionen: Die glp hat sich im Nationalrat ganz klar gegen diese Subventionen ausgesprochen. Soviel ich weiss, ist auf nationaler Ebene dazu noch gar nichts beschlossen. Aber auf jeden Fall ist es richtig, dass der Stadtrat Rahmenbedingungen setzt. Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Arbeitsplätze und um zukunftsfähige Dienstleistungen zu entwickeln. Wir haben eine grosse Chance. Und wenn ich nach Europa schaue, ist es umso wichtiger, Rahmenbedingungen zu setzen, damit wir auch in Zukunft ein Einkommen haben werden. Es sind noch andere Worte gefallen, teilweise von Orlando Wyss im Kantonsrat und zum Teil hier im Gemeinderat. Es wird von Überbauungen und masslosen Kosten, die auf uns zukommen werden, gesprochen. Der ganze Innovationspark ist aber ein Generationenprojekt. In den nächsten fünf Jahren wird dort nicht gross gebaut werden. Wir von der glp sind sowieso dafür, dass höchstens ein Drittel der gesamten Fläche überbaut werden soll. Wir sind davon überzeugt, dass sich die Investitionen, welche wir als Stadt im Rahmen der Planung ausgeben, lohnen werden. Denn ein Vielfaches wird wieder an uns zurückfliessen. Vielleicht noch ein letzter Punkt: Warum soll ausgerechnet dies eine Geschäft vor das Volk? Der Kantonsrat ist abschliessend befugt, den Richtplan zu verabschieden. Dieser muss dann ja auch noch von oberer Stelle genehmigt werden. Will sich die SVP wirklich vorwerfen lassen, eine schlechte Verliererin zu sein? Der Kantonsrat ist abschliessend zuständig. Somit lasst uns doch dieses gute Projekt, mit dieser grossen Chance für uns, nicht unnötig verzögern. Wir sind davon überzeugt, dass hier etwas Gutes auf uns zukommen wird. Es gibt noch offene Fragen, an denen gearbeitet werden muss. Darum sind wir froh, dass dies der Stadtrat auch macht.“

2. Protokollgenehmigung der 8. Sitzung vom 4. Mai 2015

Zum Protokoll der Sitzung vom 4. Mai 2015 sind bei der Gemeinderatspräsidentin keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

3. Interpellation Patrick Schärli (CVP) und 2 Mitunterzeichnende "Dübendorfer Gebühren gehören unter die Lupe - Faires Wohnen für alle!" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 32/2014

Stellungnahme

Patrick Schärli (CVP)

„Ausgangslage

Die CVP Dübendorf setzt sich für Familien und einen starken Mittelstand in unserer Stadt ein. Sie sind eine zentrale Stütze für das gesellschaftliche Leben. Bezahlbarer Wohnraum und tiefe Gebühren sind eine wichtige Grundlage für die Stärkung der Familien und zur Entlastung ihres Budgets. Transparenz und eine regelmässige Überprüfung sowie Optimierung bei den Gebühren im Allgemeinen, insbesondere aber beim Bauen sind eine Voraussetzung dafür. Am 11. November 2014 hat der eidgenössische Preisüberwacher einen Vergleich veröffentlicht, der sehr grosse Unterschiede im Bereich der Baubewilligungsgebühren aufzeigte. Verglichen wurden die Gebühren der 30 grössten Gemeinden der Schweiz für die Baubewilligungsverfahren für Mehrfamilienhäuser mit 15 bzw. 5 Wohnungen, sowie ein Einfamilienhaus. Dabei zeigte sich, dass die teuerste Gemeinde bis zu zwanzig Mal mehr verlangt als die günstigste. Betrachtet man die Kosten für das Baubewilligungsverfahren zusammen mit den Kosten für die Anschlüsse von Wasser und Abwasser, dann gehört die Stadt Dübendorf in allen untersuchten Szenarien zu den teuersten Gemeinden der Schweiz. Obwohl die Baubewilligungs- und Anschlussgebühren lediglich den administrativen Aufwand decken sollten, herrschen je nach Gemeinde unerklärlich grosse Unterschiede. Die CVP Dübendorf hat darum vom Stadtrat mittels Interpellation Antworten gefordert.

Zur Antwort des Stadtrates

Es scheint, dass die Beantwortung unserer Interpellation nicht so einfach war, hat der Stadtrat doch die viermonatige Frist um 10 Tage verlängern lassen müssen! Trotzdem sind die Antworten unserer Exekutive nicht gerade aufklärend. Ein Teil der Fragen wurde sogar ignoriert. Es ist dem Stadtrat nicht gelungen aufzuzeigen, weshalb die Gebühren in Dübendorf in gewissen Fällen mehr als 2.5 Mal so hoch sind, wie zum Beispiel in Dietikon (ZH), einer durchaus vergleichbaren Gemeinde.

1. Wie stellt sich der Stadtrat zum Befund des Preisüberwachers?
   Dass über die Gebühren keine Quersubventionierung zu Lasten der Steuerzahlenden erfolgt, ist als positiv zu bewerten. Jedoch wird dies im Kanton Zürich vom Gesetzgeber auch so verlangt, Jubelschreie sind daher nicht angebracht. Eine anders lautende Antwort des Stadtrates wäre besorgniserregend gewesen. Auch wenn die vom Preisüberwacher getroffene Auswahl für Dübendorf nicht so repräsentativ ist, entspricht es doch den Tatsachen, dass Dübendorf dabei zu den teuersten Gemeinden der Schweiz gehört. Darauf hat der Stadtrat keine Antwort gegeben.

2. Wie rechtfertigt der Stadtrat die im Quervergleich hohen Bewilligungskosten der Stadt Dübendorf?
   Dass der Bereich der Baubewilligungen ein Deckungsgrad von 70 % aufweist ist gut und zeigt auf, dass das System der Überwälzung der Kosten nicht schlecht funktioniert. Das ist aber nicht die Antwort auf unsere Frage. Auch hält der Stadtrat es nicht für notwendig auf einen Quervergleich mit anderen Gemeinden einzugehen. Ein Teil der Antwort liegt darin, dass bei uns in Dübendorf die meisten Baugesuche von externen Dienstleistern bearbeitet werden. Da diese Kosten den Bauherren in Rechnung gestellt werden können, hat die Stadtverwaltung keinen Anreiz, diese Dienstleister hinsichtlich konkurrenzfähiger Preise zu hinterfragen. Ein weiterer möglicher Grund liegt darin, dass andere Gemeinden einen tieferen Deckungsgrad als die 70 %, welche wir in Dübendorf haben, aufweisen könnten. Stimmt diese These, würden diese Gemeinden den Steuerzahler zu Gunsten der Bauherren belasten. Der Vergleich des Preisüberwachers zeigt, dass vor allem Westschweizer Gemeinden signifikant tiefere Gebühren verlangen als Deutschschweizer Gemeinden. Entweder haben diese eine effizientere und tiefere Kostenstruktur oder diese Ge-

meinden verrechnen nicht alle ihre Kosten dem Gesuchsteller, was einer Subventionierung gleich käme.

3. Was unternimmt der Stadtrat konkret zur Eindämmung dieser Kosten?
   Der Stadtrat sieht keinen Handlungsbedarf die im Vergleich hohen Kosten zu senken, ja nicht einmal den effektiven Ursachen auf den Grund zu gehen. So verhält sich nur jemand, der ein Monopol auf seinen Leistungen und Preisen hat. Mehr Transparenz würde auch unserer Stadtverwaltung gut tun. Diese Transparenz könnte mittels Leistungserfassung - wie sie die Privatwirtschaft kennt - herbeigeführt werden und gleichzeitig aufzeigen, wofür die Kosten verwendet werden und welche Gebühren die Kosten nicht decken. Hier besteht auf jeden Fall Handlungsbedarf.
4. Wie stellt der Stadtrat die regelmässige Überprüfung und Optimierung der Gebühren sicher?
   Die in Aussicht gestellte Überprüfung der Prozesse und Kostenoptimierungspotentiale ist sehr gut. Wir setzen grosse Hoffnungen in diese Analyse. Es zeigt auf, dass das Problem im Ansatz erkannt worden ist. Wir rechnen es dem Stadtrat positiv an, dass er es sich zum Ziel gesetzt hat, die Verwaltung hinsichtlich ihrer Effizienz zu durchleuchten. Wir erwarten diesen Bericht mit Spannung und werden ihn mit grossem Interesse lesen und genau hinschauen.

Zusammenfassung
Dem Stadtrat ist es - trotz verlängerter Frist - nicht gelungen, die Anliegen der Interpellanten zu beantworten. Auf die Frage, weshalb Dübendorf im Vergleich dermassen teuer ist, wurde nicht eingegangen. Zwar folgt Dübendorf dem Prinzip der Kostendeckung. Es wurde aber nicht begründet, weshalb die Kosten um ein Vielfaches höher sind, als die von vergleichbaren Gemeinden. Der Stadtrat hat offenbar auch kein Problem damit, dass Dübendorf hinsichtlich dieser Gebühren zu den teuersten Gemeinden der Schweiz gehört und somit Gefahr läuft, für Bauvorhaben uninteressanter zu werden. Eine für Mittelstand und Gewerbe attraktive Gemeinde sollte sich anders verhalten. Positiv ist, dass der Stadtrat eine Überprüfung der Prozesse, der Leistungsstruktur sowie der Wertschöpfungstiefe in seine Ziele aufgenommen hat. Hoffen wir, dass daraus eine schlanke und schlagkräftige Verwaltung entstehen kann. Eine Verwaltung, die nicht nur einen hohen Kostendeckungsgrad aufweist, sondern auch einen attraktiven Gebührenkatalog anbieten kann."

Stellungnahme Stadtrat
Keine.

Allgemeine Diskussion
Daniel Burkhardt (SVP)
„Wir danken dem Stadtrat für die Antwort und befürworten die Stossrichtung im Bereich Bauen. Allerdings möchte ich folgendes festhalten: Ein Deckungsbeitrag von 70 %, wie ihn die Stadt Dübendorf hat, erachte ich keinesfalls als genügend. Das heisst nämlich, dass von den total aufgelaufenen Kosten trotzdem noch 30 % durch Unbeteiligte zu berappen sind. Wenn man noch Dübendorf mit Städten wie Chur, Schaffhausen, Uster, Zug, Frauenfeld und Neuchâtel, welche alle etwa gleich gross sind und eine ähnliche Bautätigkeit wie Dübendorf aufweisen, vergleicht, stellt man fest, dass es in Dübendorf 100 % teurer ist. Somit läuft in unserer Stadt etwas schief. Wir bitten darum den Stadtrat, bei dieser Gebührenfrage die Finger drauf zu halten. Und zwar nicht einfach mit einer Gebührenerhöhung, weil man dies aufgrund des Monopols ja machen könnte, sondern mit einer Überprüfung der zur Verfügung stehenden Ressourcen und mit der Durchsetzung von allfälligen Konsequenzen. Auch wenn man dabei feststellen sollte, dass es sich um personelle Ressourcen handelt."

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

4. Interpellation Stefan Kunz (SP/Grüne) "Mobilfunkantennen in Wohnquartieren" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 41/2015

Stellungnahme

Stefan Kunz (SP/Grüne)

„Die Politik steht in Bezug auf die Mobilfunkanlagen in einem Dilemma. Einerseits wird sie sich den gesundheitlichen Risiken der Funkstrahlung zunehmend bewusst und kann dies in ihrem Handeln nicht mehr ignorieren. Andererseits sieht sie das gewaltige und unglaublich wachsende Bedürfnis für mobile Kommunikation in unserer Bevölkerung. Dieses Dilemma anzugehen und mit einer intelligenten und vorsorglichen Planung, welche auf das Wohlbefinden der Bevölkerung Rücksicht nimmt und gleichzeitig der Umwelt Sorge trägt, ist der Inhalt meiner Interpellation. Im Kern fordert die Interpellation den Stadtrat auf, die Bau- und Zonenordnung (BZO) mit einer Prioritätenordnung zu ergänzen und damit verbindlich festzuhalten, welche Standorte für Mobilfunkantennen besser, welche weniger gut sind und welche sich gar nicht eignen. In meiner Interpellation schlage ich vor, in Anlehnung an andere BZOs, dass in 1. Priorität der Standort in der Industrie- und Gewerbezone und anderenfalls, je nach Landschaftsform, vorwiegend in der Nicht-Bauzone angegangen wird. In 2. Priorität in der Zone für öffentliche Bauten, in 3. Priorität die Zentrums- und Wohnzonen mit Gewerbeerleichterung und in 4. Priorität die Kernzone. Das Ziel von sogenannten Kaskadenmodellen ist, bewusst eine optimale Standortwahl anzugehen und eine Nichteinhaltung sehr gut zu begründen. Für eine Baugenehmigung müssen somit zwingend solche Überlegungen vorangehen, um einen bewussten Entscheid treffen zu können. Auch wenn ein Eintrag in die BZO starr und sicher auch mit Nachteilen behaftet ist, zwingt es die Gemeinde, Mobilfunkantennen sorgfältig und mit Rücksicht auf die Wohnbevölkerung zu planen. Es freut mich, dass der Stadtrat in seiner sorgfältig verfassten Antwort keine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber meinem Vorschlag signalisiert. Ich entnehme dieser Haltung, dass ein Handlungsbedarf besteht und somit etwas gemacht werden muss. Anstelle einer Änderung der BZO hat sich der Stadtrat jedoch entschieden, in einem ersten Schritt den Dialog zu suchen. Darum hat er am 26. Februar 2015 beschlossen, dem sogenannten Dialog- und Kooperationsmodell des Kantons Zürich beizutreten. Dies übrigens noch vor Eingang meiner Interpellation. Das Modell basiert auf einer Vereinbarung über die Standortevaluation und -koordination im Rahmen von kommunalen Baubewilligungsverfahren, welche der Kanton Zürich mit Mobilfunkbetreibern abgeschlossen hat. Diese Vereinbarung wiederum verpflichtet die Mobilfunkbetreiber, die angeschlossenen Gemeinden - wie jetzt auch Dübendorf - periodisch über Bauvorhaben von neuen Mobilfunksendeanlagen zu unterrichten. Daraufhin kann die Gemeinde im Dialog mit den jeweiligen Betreibern in festgelegten Verfahrensschritten jeweils den bestmöglichen Antennenstandort erlauben, bevor ein Baugesuch eingereicht wird. Ich erachte das vom Stadtrat in der Interpellationsantwort vorgeschlagene zweistufige Vorgehen als sinnvoll. In einem ersten Schritt wird das Gespräch gesucht. Und erst wenn die Erfahrungen zeigen, dass dieses Modell nicht oder schlecht funktioniert, soll eine Ergänzung der BZO in Angriff genommen oder zumindest geprüft werden. Wie erfolgreich dieses Dialogmodell schlussendlich ist, hängt aus meiner Sicht sehr stark von der Verhandlungsposition und -stärke von Dübendorf ab. Die Voraussetzung jeder Verhandlung muss sein, dass das Wohl der Bevölkerung über der Datenmenge und -geschwindigkeit steht. Die Strahlenbelastung und Beeinträchtigungen durch Antennenanlagen sind ernst zu nehmen und die Bevölkerung ist, wo immer möglich, zu schonen. Diesen Grundsatz gilt es in der Verhandlungsposition von Dübendorf fest zu verankern und zu vertreten. Wo möchten wir welche Anlagen und wo nicht? Vermutlich eine sehr schwierige Frage, welche nicht einfach zu beantworten ist. Aber trotzdem braucht der Stadtrat gerade auf diese Frage eine Antwort. Unabhängig davon, ob ein Eintrag in die BZO vorgenommen wird oder nicht. Es gilt, diese Vorarbeit für einen Dialog im Rahmen eines „Leitfadens für Mobilfunkanlagen in Dübendorf“ zu entwickeln. Es gibt bereits einen Leitfaden des Bundesamtes, an den man sich anlehnen kann. Solch ein Leitfaden schafft Klarheit, was der Stadtrat will und was nicht. Es kann nicht sein, dass jede Verhandlungsrunde zum Einzelfall und situativ entschieden wird. Falls noch kein solcher Leitfaden oder Kriterienkatalog besteht,

möchte ich den Stadtrat dringendst bitten, diese Arbeit - auch wenn sie nicht ganz einfach ist - in die Hand zu nehmen. Abschliessend: Das vom Stadtrat skizzierte Vorgehen erachte ich als sinnvoll. Ich hoffe einfach, dass der Dialog nicht nur zu einem verkürzten Bewilligungsverfahren für die Mobilfunkanbieter wird, sondern effektiv eine qualitative Verbesserung der Standortwahl zur Folge hat. Und falls sich dieses Dialogmodell als Farce herausstellen sollte, hoffe ich, dass der Stadtrat auch den Mut hat, wieder auszusteigen und die Anforderungen wenn möglich verbindlich in der BZO festzuhalten. Ich möchte mich beim Stadtrat für die sorgfältige Behandlung und Beantwortung meiner Interpellation bedanken."

Stellungnahme Stadtrat
Keine.

Allgemeine Diskussion
Stefanie Huber (glp/GEU)
„Stefan Kunz hat es in seiner Interpellation sehr treffend formuliert: Bezüglich Mobilfunk, ebenso wie bspw. beim Verkehr, stecken wir im Dilemma zwischen Gesundheit der Bevölkerung und dem gesellschaftlichen Drang nach „immer mehr und immer schneller". Intelligente, vorausschauende Planung sowie Sensibilität, Dialog und Kommunikation scheinen hier die einzig verfügbaren Ansätze. Der Stadtrat zeigt in seiner Interpellation den von ihm gewählten Weg des Zürcher Dialogmodells mit den Mobilfunkanbietern auf. Wir unterstützen das, schliessen uns aber der Forderung von Stefan Kunz an, dass Dübendorf für diesen Dialog klare Positionen und Kriterien aufstellen und sich nicht von den gewieften Anbietern übertölpeln lassen sollte. So sollte als Handlungsleitlinie bspw. gelten, dass mehrere schwache Antennen weniger belastend sind als wenige starke. Die Anbieter sollten vermehrt angehalten werden, Gemeinschaftsantennen zu nutzen, was gegenseitige Störungen ebenso wie Reservehaltung minimiert. Ich hoffe auch, dass sich die Stadt Dübendorf beim Kanton für einen Austausch zwischen den Gemeinden stark macht, damit die Betreiber gar nicht erst auf die Idee kommen, Gemeinden gegeneinander auszuspielen. Leider muss ich den Stadtrat auch einmal wieder darauf hinweisen, dass in seinem Fall mehr Kommunikation meistens besser ist als weniger: Dialog mit den Mobilfunkanbietern ist gut, aber Kommunikation mit der Bevölkerung noch besser. Wir haben erst mit der Antwort auf die Interpellation davon erfahren, dass Dübendorf beim Dialogmodell dabei ist. Es gibt zwar eine Liste dazu auf dem Internet, aber nur wenige werden das recherchiert haben. Als glp versuchen wir, die Gesellschaft – in diesem Fall die Kommunikationsbedürfnisse, Wirtschaft – in diesem Fall das Geschäftsinteresse der Anbieter, und die Umwelt – in diesem Fall der elektrosensible Mensch - unter einen Hut zu bringen. Uns ist dabei das Prinzip der Vorsorge wichtig: Gesundheitliche Prävention muss berücksichtigt werden und vor den Interessen der Firmen stehen. Dazu stellen sich auch noch ein paar grundsätzliche Fragen, wobei ich mir bewusst bin, dass diese Grossteils national zu beantworten sind: Die Anbieter bauen immer möglichst grosse Reserven in die Antennen ein und nützen diese selten gemeinsam. Fördern wir mit solchem Vorgehen nicht zusätzlich das Geschäftsmodell von „immer mehr, immer schneller"? In der Antwort heisst es: „Im Gegensatz zur Grundversorgung soll in der Mobilfunkversorgung in der Schweiz so weit als möglich der Markt bzw. die Wettbewerbssituation zwischen den Anbietern spielen und für eine hohe Versorgungsqualität sorgen." Für die Gesundheit sicherlich nicht der beste Schutz. Denken wir hier v.a. an hoch elektrosensible Personen, die kaum ein normales und teilweise auch kein würdiges Leben führen können. Noch eine Bemerkung an den Stadtrat, sollte das Dialogmodell nicht zu den gewünschten Erfolgen führen: Wir scheuen weder die Diskussion mit der kantonalen Baudirektion noch eine Anfechtung durch die Anbieter, wenn die Änderung der Bau- und Zonenordnung nötig scheint. Wenn es der richtige Weg für den Schutz der Gesundheit ist, dann schlagen wir diesen Weg und vielleicht auch noch ein paar Pflöcke für die Emissionsreduktion auf unserem Hoheitsgebiet ein."

Orlando Wyss (SVP)
„Der Interpellant hat ein Thema angesprochen, welche für Grüne ein Problem darstellt, aber für die normale Bevölkerung nicht so wahrgenommen wird. Schon im Kantonsrat war dies ein Ziel der grünen Politiker, die Strahlenbelastung von Mobilfunkantennen zu einem grossen Problem herauf zu stilisieren, was es aber definitiv nicht ist. Die Antwort des Stadtrates überzeugt in ihrer Argumentation, da sie die Vor- und Nachteile dieser Strahlenbelastung in unaufgeregter Argumentation gegeneinander aufwiegt. Dass die Stadt Dübendorf dem Dialogmodell beigetreten ist zeigt auf, dass sie grundsätzlich die Frage der Strahlenbelastung nicht negiert, aber sich für Lösungen mit Augenmass ausgesprochen hat. Etwas muss man dem Interpellanten grundsätzlich entgegenhalten. Gockhausen zum Beispiel ist in Sachen Handy-Empfang schlecht erschlossen. Schon mancher der hier Anwesenden hat selber schmerzlich erfahren müssen, dass er auf diesem Gebiet unserer Gemeinde keinen oder nur einen schlechten Empfang mit dem Mobilfunknetz hat. Also bin ich mir nicht sicher, ob er mit seinen Befürchtungen auch den Nerv der Einwohner getroffen hat. Vielleicht hätte er vor Einreichung seiner Interpellation bei der Bevölkerung von Gockhausen verbindlich nachfragen sollen, ob seine Befürchtungen sich auch mit denjenigen der Einwohner von Gockhausen decken, oder ob dies nur seine Sichtweise ist. Ich gehe davon aus, dass sich in den Hosensäcken und den Handtaschen von Gockhausern und Gockhauserinnen gleichviel Mobilfunktelefone finden lassen wie bei den übrigen Dübendorfern und Dübendorferinnen. Aus diesem Grund ist die SVP mit der Antwort des Stadtrates zu dieser Interpellation zufrieden und hofft, zusammen mit der Gockhauser Bevölkerung, dass sich die Kommunikationsprobleme dieses Ortsteils von Dübendorf vermindern lassen.“

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

5. Jahresrechnung 2014 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 55/2015

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsidentin Andrea Kennel (parteilos):
„Eintretensdebatte
Die Rechnung ist wohl neben dem Voranschlag eines der grösseren Geschäfte, welches die GRPK zu behandeln hat. Für mehrere Mitglieder der GRPK war es erst die zweite Rechnung, doch das spürte man nicht. Hier geht mein Dank an die gesamte GRPK, die unermüdlich auch in Doppelsitzungen die Rechnung behandelt hat. Wenn ich schon mit dem Dank beginne, so möchte ich mich auch beim Stadtrat und vor allem bei der Verwaltung für die termingerechte und fundierte Beantwortung der Fragen bedanken. Durch die Fragen und vor allem die schriftliche und mündliche Beantwortung gewann die GRPK einen vertieften Einblick in einzelne Aufgaben der Stadt und deren finanziellen Auswirkungen. So konnte die GRPK die Rechnung inhaltlich prüfen. Für die rein technische Prüfung war das Gemeindeamt zuständig. Hierzu zwei Bemerkungen:

Prüfung durch das Gemeindeamt des Kantons Zürich
Das Gemeindeamt hat keine Einschränkungen und keine Hinweise gemacht. Auf meine Frage, ob das bei Gemeinden in der Grösse von Dübendorf üblich sei, wurde dies verneint. Das klingt nach einem Rätsel. Was sind Einschränkungen, was Hinweise und was heisst es, wenn keine gemacht werden? Einschränkungen sind Fehler in der Rechnung, die im Folgejahr zu vermeiden sind. Hinweise sind Details, die in der Rechnung besser gemacht werden könnten, aber nicht wirklich falsch sind. Keine Einschränkungen und auch keine Hinweise bedeutet somit quasi die Bestnote. Dies zeigt, dass die Rechnung sehr seriös und sehr sauber geführt wird.

Ein paar Details
Wie schon letztes Jahr verzichte ich darauf, alle 59 Fragen der GRPK hier zu erörtern und konzentriere mich auf ein paar Beispiele. Dabei möchte ich vorausschicken, dass diese Beispiele nicht repräsentativ sind. Viel mehr konzentriere ich mich auf die wenigen Punkte, mit der die GRPK - wie könnte es auch anders sein - nicht ganz zufrieden ist. Beginnen wir mal mit der Investitionsrechnung. Auf der Seite 105 ist das Konto 1620.5010.38, Lindenplatz/Bahnhof Süd, Sanierung und Umgestaltung, Sofortmassnahmen, abgebildet. Diese Sofortmassnahmen sind vom Stadtrat als gebunden eingestuft worden. Gebundenheit ist gegeben, wenn sachlich, zeitlich und örtlich kein erheblicher Entscheidungsspielraum bleibt. Die GRPK stellt hier die zeitliche Komponente in Frage. Dabei stuft die GRPK die Sofortmassnahmen auch als dringend ein. Doch für die GRPK ist diese Dringlichkeit schon länger gegeben und hat sich nicht verändert. Viel mehr entsteht der Eindruck, dass der Stadtrat nötige Investitionen so lange anstehen lässt, bis quasi kein Entscheidungsspielraum mehr gegeben ist. Ein Konto, das uns in der Laufenden Rechnung im Bereich Soziales Sorgen bereitet, ist das 1600.3080, Anstellung temporäre Aushilfskräfte. Auf diesem Konto ist eine markante Kostensteigerung zu erkennen, die vom Betrag her nicht ignoriert werden darf. Wir erwarten vom Stadtrat, dass hier die Situation und wenn nötig auch die dafür verantwortliche (Führungs-)Kultur analysiert wird. Dies mit dem Ziel, kostenwirksame Massnahmen einzuleiten. Etwas verwirrt war die GRPK mit der Antwort zu Konto 1409.4340, Gebührenerträge. Konkret geht es um die Parkplätze beim Schwimmbad. Obwohl letztes Jahr versprochen wurde, dass ab dem Jahr 2015 Gebühren erhoben werden, ist dies weiterhin nicht der Fall. Die Begründung: Der Parkplatz wird von der SFD AG betrieben und unterhalten. Doch sei dies vertraglich gar nicht wirklich klar. Die Abgrenzung, wo die SFD und wo die Stadt zuständig sei, stehe noch aus. Die GRPK erwartet hier eine baldige klare Regelung seitens der Stadt. Ein weitere Themenkomplex, den die GRPK auch schon thematisiert hat, sind die internen Verrechnungen. Solange die Verrechnungen rein intern sind, müssen diese nicht zwingend präzise sein oder könnten sogar ganz weggelassen werden. Das Problem ist aber, dass Dübendorf je länger je mehr auch Aufgaben für andere Gemeinden oder Institutionen übernimmt. Dazu gehören beispielsweise die Musikschule, die KESB oder die Feuerwehr. Hier ist es wichtig, dass die effektiven Kosten fair aber voll-

ständig an die anderen Gemeinden verrechnet werden. Dazu gehören auch interne Verrechnungen für Dienstleistungen, die unsere Stadtverwaltung erbringt und die zur Verfügung gestellte Infrastruktur. Die Beantwortung der Fragen zu internen Verrechnungen hat gezeigt, dass diese nachvollziehbar sind, aber die Strategie überarbeitet werden sollte.

Gesamtergebnis
Kommen wir zum Gesamtergebnis des Rechnungsjahrs 2014. Schlussendlich müssen ja nicht nur die Details sondern vor allem das Gesamtergebnis stimmen. Hier können wir klar von einer Punktlandung sprechen. Jedenfalls bezüglich der budgetierten Ausgaben. Bei einem Budget von über 150 Millionen Franken wurden etwa eine halbe Million weniger ausgegeben. Leicht anders sieht es bei den Einnahmen aus. Diese sind etwas mehr als 2 Millionen höher als budgetiert, was aber immer noch sehr nahe am Budget ist und auch als Punktlandung eingestuft werden kann. Die Punktlandung betrifft aber den Aufwandüberschuss, der mit Fr. 233'110.98 tiefer als budgetiert ist und sich sehr nahe bei einer ausgeglichenen Rechnung befindet.

Schlussbemerkungen
Wie bereits erwähnt, hat die GRPK weitere Punkte geprüft und hinterfragt. Die Antworten auf unsere Fragen waren in der Regel aussagekräftig und verständlich. Das Gespräch mit der Delegation des Stadtrates war offen und informativ, auch wenn nicht alle Anschlussfragen durch den Stadtrat richtig verstanden und so zum Teil auch nicht ganz vollständig beantwortet wurden. Durch die Fragen und deren Beantwortung konnte sich die GRPK ein gutes Bild über diverse wichtige Details verschaffen. Die GRPK stellt fest, dass die Rechnung 2014 der Stadt Dübendorf gut geführt worden ist. Der sehr gute Bericht der technischen Prüfung des Gemeindeamtes rundet das Bild ab. Wie auch schon letztes Jahr können wir feststellen, dass die Mittel der Steuerzahler sorgfältig und zielgerichtet eingesetzt worden sind. Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig:
- Die Jahresrechnung 2014 des Politischen Gutes zu genehmigen.
- Der Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung in der Höhe von Franken 233'110.98 wird - gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern vom 10. Oktober 1984 - dem Eigenkapital belastet.

Ich bitte den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zu folgen.“

<u>Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)</u>
„Zuerst möchte ich festhalten - wie es auch bereits die GRPK-Präsidentin erwähnt hat, dass es ein Rechnungsresultat ist, welches man als erfreulich bezeichnen kann. Dies darf ich auch als Finanzvorstand so festhalten. Hier möchte ich zuerst den Dank an die Verwaltung aber auch an die Ressortvorstände ausrichten. Die Budgetdisziplin, insbesondere auf der Aufwandseite, war dieses Jahr deutlich besser als in anderen Jahren. Wir hatten auch schon andere Jahre erlebt, in denen wir schwierigere Rechnungen begründen mussten. Ich will aber auch sagen, dass es an gewissen Orten nicht unbedingt nur unsere Verantwortung war, sondern zum Glück hat sich auch die Kostenentwicklung ans Budget gehalten und nicht umgekehrt. Aber insgesamt kann man sagen, dass wir in der Budgetierung schon genauer oder optimaler versucht haben, miteinander abzustimmen. Den Budgetverantwortlichen wurde die Verantwortung gegeben, die Budgetzahlen in der Rechnung abbilden zu versuchen. Aber wie gesagt, bei den exogenen Faktoren hatten wir auch ein wenig Glück. Ich möchte aber auch der GRPK für die kritische Würdigung der Rechnung, die Fragen, die wir beantworten durften und vor allem natürlich für die lobenden Worte der GRPK für die Rechnungsführung danken. Dies hat auch uns gefreut und diesen Dank gebe ich auch gerne weiter an die Verwaltung. Denn dies ist nicht die Zuständigkeit des Finanzvorstands. Sondern es ist die Zuständigkeit der Finanzverwaltung, welcher das Lob gebührt. Zu den kritischen Punkten der GRPK-Präsidentin kann ich folgendes sagen:

Sofortmassnahmen Lindenplatz
Der Stadtrat hat diesen Punkt klar anders gesehen. Es ist überhaupt nicht so, dass der Stadtrat irgendetwas nicht korrekt machen wollte. Wir kamen zu einem anderen Schluss betreffend Gebundenheit. Dass auch die zeitliche Frage verschiedene Vorgänge und eine Geschichte hatte, haben wir versucht, der GRPK zu erläutern. Die Botschaft, dass dieser Punkt in der GPRK kritisch angeschaut wurde, ist aber angekommen. Wir werden sicher in Zukunft nochmals genauer hinschauen, wie weit die Gebundenheit, die der Stadtrat in seiner Kompetenz auch ausschöpfen muss, bei einzelnen Projekten in Frage gestellt werden muss. Vor allem, wenn sie an der Grenze der Kreditkompetenz des Stadtrates liegt. Aber Sie können versichert sein, dass der Stadtrat die Gebundenheit auch in diesem Fall genau geprüft hat.

Aushilfsentschädigungen
Wir nehmen die Kritik so entgegen und werden schauen, dass wir im nächsten Jahr nicht wieder die gleiche Antwort geben müssen. Entweder werden wir eine Begründung abgeben, wieso die Zahlen zustande gekommen sind oder wir prüfen, welche Massnahmen wir treffen können, dass wir dieses Konto nicht mehr begründen müssen.

Badiparkplatz
Auch hier habe ich der GRPK versprochen, dass wir die Zuständigkeit klären, nachdem nun zwei Jahre der Ball etwas hin und her geschoben wurde. In der GRPK wurde dieses Thema offensichtlich unterschiedlich aufgefasst, denn die Erinnerung des Stadtrates war nicht so stark, dass wir versprochen hätten, die Gebührensituation einzufordern. Ansonsten hätten wir wahrscheinlich die Antwort dieses Jahr etwas anders verfasst. Wir werden dieses Thema auf jeden Fall anschauen und primär bei den Zuständigkeiten, die immer noch aus der Ausgliederung der SFD AG herkommen, bei der nicht alles schriftlich festgehalten wurde, gewisse Klarheiten schaffen.

Interne Verrechnungen
Es ist richtig, dass es hier drei Bereiche gibt:
- Rein interne Verrechnungen
  Hier spielt der ganz genaue Betrag keine grosse Rolle, es sind reine Schätzungen.
- Gebührenfinanzierte Bereiche
  Hier versuchten wir schon immer, die echten anfallenden Kosten abzuschätzen und den entsprechenden Bereichen zu verrechnen. Auch hier wurden jeweils Schätzwerte verwendet. Es wurden keine Kosten-/ Leistungsrechnungen gemacht, welche relativ aufwändig sind.
- Verrechnungen an Dritte
  Dies ist der heikelste Bereich, da Leistungen an Dritte verrechnet werden.

Der Stadtrat hat bei jedem Bereich entsprechende Überlegungen gemacht. Wir werden nun aber die verschiedenen Verrechnungen sauber auflisten (wie entstanden, wer und wie hat entschieden, wie sind die Grössenordnungen) und intern klären und im Detail anschauen. Danach werden wir das Gespräch mit der GPRK selbstverständlich suchen, um auch allfällige Resultate zu erläutern. Terminlich wollte ich mich bei der GRPK nicht festnageln lassen. Aber es ist ganz klar, dass wir beim Abschluss der nächsten Rechnung nicht wieder die gleichen Fragen erleben wollen. In diesem Sinne werden wir diese vier Kritikpunkte angehen und versuchen, dass wir diese in einem Jahr nicht mehr oder nicht mehr in der gleichen Form hören müssen. Wir würden gerne hören, dass diese dann vom Stadtrat geklärt und erledigt wurden. Ob zur Zufriedenheit ist eine andere Frage aber wir werden hier Antworten liefern. In diesem Sinne möchte ich mich nochmals bedanken, für die offene Diskussion, die wir in der GRPK immer führen dürfen. Ich bitte Sie, die Jahresrechnung 2014 entsprechend anzunehmen bzw. zu genehmigen.“

<u>Diskussion</u>
Keine.

Es gibt keine Wortmeldungen zum Eintreten, somit ist das Eintreten beschlossen.

Detailberatung
Keine

Abstimmung
Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der GRPK mit 32 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Die Jahresrechnung 2014 des Politischen Gutes wird genehmigt.

2. Der Aufwandsüberschuss der laufenden Rechnung in der Höhe von Fr. 233‘110.98 wird - gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern vom 10. Oktober 1984 - dem Eigenkapital belastet.

6. Geschäftsbericht 2014 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 56/2015

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsidentin Andrea Kennel (parteilos):
„Die GRPK stuft auch dieses Jahr den Geschäftsbericht als sehr informativ ein. Die GRPK studierte den Geschäftsbericht fundiert und stellte einen Fragenkatalog mit unterschiedlichen Fragen zusammen. Bei der Beantwortung unserer Fragen durch den Stadtrat ergaben sich aber klare Differenzen bezüglich der Einflussmöglichkeiten durch den Gemeinderat. Gemäss Gemeindeordnung wird der Geschäftsbericht zur Genehmigung vorgelegt. Gemäss Aussage des Stadtpräsidenten ist der Geschäftsbericht klar ein Bericht des Stadtrates und Wünsche oder Anregungen der GRPK werden nicht oder höchstens im nächsten Bericht aufgenommen. So stellt sich die GRPK die Frage, wieso wir dann den Bericht überhaupt genehmigen, wenn wir quasi keinen Einfluss haben. Lohnt sich da der Aufwand einer eingehenden Prüfung mit Fragen? So wollte die GRPK eigentlich den Antrag stellen, dass der Geschäftsbericht lediglich zur Kenntnis genommen wird. Wir mussten aber feststellen, dass dies wiederum nicht der Gemeindeordnung entspricht. Daher beantragt die GRPK zwar die Genehmigung des Geschäftsberichts, hat aber klar ein paar Anmerkungen dazu. Unter dem Kapitel Gemeinderat schlug die GRPK vor, auch die Namen der Gewählten aufzuführen. Dies sei an anderen Orten zu finden und brauche es nicht im Geschäftsbericht. Die GRPK wäre aber trotzdem froh, wenn in Zukunft die Namen der Gemeinderatsmitglieder aufgelistet werden, insbesondere bei Erneuerungswahlen. Etwas mehr zu diskutieren gaben die veröffentlichten Personal-Statistiken. Bei einigen dieser Statistiken ist die GRPK klar der Meinung, dass diese heikel seien, da sie möglicherweise die Persönlichkeitsrechte verletzen. Der Stadtrat ist hier anderer Meinung. Dafür wünscht die GRPK eine zusammenfassende Statistik über die Sitzungsteilnahmen im Stadtrat. Diese Daten wiederum stuft der Stadtrat als heikel ein, die GRPK aber nicht. Nun, wir werden sehen, welche unserer Anregungen in den nächsten Bericht einfliessen, bisher wurden unsere Anregungen ja meistens umgesetzt. Obwohl wir ein paar Kritikpunkte geäussert haben, wäre es kaum angebracht, den Bericht abzulehnen, denn dieser hat bis auf die erwähnten Punkte wirklich eine hohe Qualität und zeigt auf, was Dübendorf alles bietet und leistet. Die GRPK beantragt somit die Genehmigung des Geschäftsberichts 2014 der Stadt Dübendorf. Ich bitte den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zu folgen.“

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)
„Ich bedanke mich für das nette Votum der GRPK-Präsidentin. Den Dank gebe ich weiter an die Verwaltung, die vor allem für die Gestaltung verantwortlich war. Zu den Kritikpunkten der GRPK-Präsidentin reflektiere ich wie folgt: Der Stadtrat macht einen Geschäftsbericht und berichtet darin,

was er im Jahr für Auftragserfüllungen gemacht hat und in welcher Art dies gemacht wurde. Völlig üblich sind auch Fragen zum Geschäftsbericht. Dieser muss dann, wie auch die Jahresrechnung, genehmigt und abgenommen werden. Auch bei der Jahresrechnung können keine Zahlen mehr geändert werden, sondern es wird hinterfragt, ob die Rechnung korrekt geführt wurde, die Transparenz gegeben ist und ob alles erfüllt wurde, was man verlangte. Der Geschäftsbericht ist ähnlich bzw. dort werden Fragen dazu beantwortet. Die Genehmigung ist durch das Gemeindegesetz und die Gemeindeordnung vorgegeben. Eine Kenntnisnahme anstelle einer Genehmigung wäre wohl eher eine Gefühlsangelegenheit gewesen. Für den Stadtrat wäre eine Kenntnisnahme kein Drama gewesen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass er einen Bericht zuhanden des Gemeinderates macht. Fragen dazu werden selbstverständlich offen und transparent beantwortet. Anregungen aus der Vergangenheit wurden auch jeweils aufgenommen. Dabei wechselten sich die Wünsche nach detaillierteren Ausführung mit der Lesbarkeit und Kompaktheit ab. Wir wollen einen Bericht abliefern, in dem vermerkt ist, was wir über das ganze Jahr über machen, was der Gemeinderat und die Öffentlichkeit auch zugute haben. In diesem Sinne bedanke ich mich für die positive Würdigung des Geschäftsberichtes. Ich denke, wir werden nächstes Jahr ein paar Sachen aufnehmen, selbstverständlich haben wir keine Probleme, nächstes Jahr wieder eine Anpassung vorzunehmen.“

Diskussion
Keine.

Detailberatung

Kapitel 1 Gemeinderat
Keine Bemerkungen

Kapitel 2 Stadtrat
Keine Bemerkungen

Kapitel 3 Geschäftsleitung
Keine Bemerkungen

Kapitel 4 Personaldienste
Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Informatikdienste
Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Finanz- und Controllingdienste; Liegenschaften
Keine Bemerkungen

Kapitel 7 Stadtplanung
Keine Bemerkungen

Kapitel 8 Einwohnerdienste
Keine Bemerkungen

Kapitel 9 Hochbau
Keine Bemerkungen

Kapitel 10 Steuern
Keine Bemerkungen

Kapitel 11 Tiefbau
Keine Bemerkungen

Kapitel 12 Sicherheit
Keine Bemerkungen

Kapitel 13 Soziales
Keine Bemerkungen

Kapitel 14 Bildung
Keine Bemerkungen

Kapitel 15 Friedensrichter
Keine Bemerkungen

Abstimmung
Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der GRPK mit 32 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Der Geschäftsbericht 2014 der Stadt Dübendorf wird genehmigt.

7. Bürgerrechtsgesuche:

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse.

7.1. Markovic Dragica, serbische Staatsangehörige, Höglerstrasse 51, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 39/2015

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 2 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Markovic
Vorname	Dragica
Geburtsdatum	17. Oktober 1981
Geburtsort	Jagodina / Serbien
Staatsangehörigkeit	Serbien
Zivilstand	verheiratet
Beruf	dipl. Pflegefachfrau
Adresse	Höglerstrasse 51, 8600 Dübendorf

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

7.2. Shala Halit, kosovarischer Staatsangehöriger, Zürichstrasse 59, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 40/2015

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 2 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Shala
Vorname	Halit
Geburtsdatum	19. September 1975
Geburtsort	Dubovik / Kosovo
Staatsangehörigkeit	Kosovo
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Produktionsmitarbeiter
Adresse	Zürichstrasse 59, 8600 Dübendorf

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

7.3. Mazhar Ahsan, pakistanischer Staatsangehöriger, Rossweidstrasse 2, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 43/2015

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 3 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Mazhar
Vorname	Ahsan
Geburtsdatum	01. November 1970
Geburtsort	Karachi / Pakistan
Staatsangehörigkeit	Pakistan
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Service-Mitarbeiter
Adresse	Rossweidstrasse 2, 8044 Gockhausen

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

7.4. Müller Sirikorn, thailändische Staatsangehörige, Untere Zelglistrasse 22, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 44/2015

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 3 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Müller
Vorname	Sirikorn
Geburtsdatum	30. November 1967
Geburtsort	Chaloemphrakiat (Buri Ram) / Thailand
Staatsangehörigkeit	Thailand
Zivilstand	geschieden
Beruf	Produktionsmitarbeiterin
Adresse	Untere Zelglistrasse 22, 8600 Dübendorf

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

7.5. Tugu Aida, albanische Staatsangehörige, sowie das Kind Amanda, portugiesische Staatsangehörige, Claridenstrasse 27, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 45/2015

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 3 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Tugu
Vorname	Aida
Geburtsdatum	05. Juli 1971

Geburtsort	Tirana / Albanien
Staatsangehörigkeit	Albanien
Zivilstand	geschieden
Beruf	Flugdisponentin
Adresse	Claridenstrasse 27, 8600 Dübendorf

sowie das Kind

Name	Tugu Pinto Magalhães
Vorname	Amanda Joia
Geburtsdatum	11. Mai 2013
Geburtsort	Zollikon ZH
Staatsangehörigkeit	Portugal

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

7.6. Zekaj Servete, kosovarische Staatsangehörige, sowie die Kinder Drilon, Dorentina, Benita und Blertina, Hörnlistrasse 1, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 46/2015

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 3 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Zekaj
Vorname	Servete
Geburtsdatum	06. Juli 1972
Geburtsort	Decani / Kosovo
Staatsangehörigkeit	Kosovo
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Kassiererin
Adresse	Hörnlistrasse 1, 8600 Dübendorf

sowie die Kinder

Name	Zekaj
Vorname	Drilon
Geburtsdatum	14. Februar 2001
Geburtsort	Zürich ZH
Staatsangehörigkeit	Kosovo

und

Name	Zekaj
Vorname	Dorentina
Geburtsdatum	28. Januar 2002
Geburtsort	Zürich ZH
Staatsangehörigkeit	Kosovo

und

Name	Zekaj
Vorname	Blertina
Geburtsdatum	13. Mai 2005
Geburtsort	Zürich ZH
Staatsangehörigkeit	Kosovo

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

Einwände gegen die Verhandlungsführung
Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsidentin Jacqueline Hofer (SVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf §151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Jacqueline Hofer
Gemeinderatspräsidentin

Angelika Murer Mikolasek
Stimmenzählerin

Barbara Schori
Stimmenzähler

Patrick Schnider
Stimmenzähler